

## Haushaltsrede 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rosenberger,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Zimmermann,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vor einem Jahr glaubten wir, eine große Krise weitgehend überstanden zu haben. Eine zwei Jahre andauernde Pandemie forderte den Staat, die Wirtschaft und jeden einzelnen Bürger. Unser kommunaler Haushalt war immer noch schuldenfrei. Der Bund und das Land federten Härten für die Kommunen ab.

Mit dem 24. Februar 2022 jedoch zeigte sich - es geht noch viel schlimmer. Russland überzieht die Ukraine mit einem beispiellosen Angriffskrieg. Zahllose Menschen fallen dieser Aggression zum Opfer. Völkerrecht? egal. Man ist erinnert an Schlachten des ersten Weltkriegs. Die Bundesaußenministerin sagt: „wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht“. Der Gemeinderat versammelt sich zu einer gemeinsamen Kundgebung auf dem Marktplatz und verurteilt den russischen Angriff. Ein starkes Zeichen. Die westlichen Nationen rücken zusammen, sanktionieren Russland und unterstützen die Ukraine. Putin ist überrascht. Er glaubte, der Westen fällt auseinander und damit sei der Weg frei für weitere Beutezüge. Die militärische Unterstützung lief schleppend an. Von 5000 Helmen haben wir uns mittlerweile zu Leopard 2 Panzern vorgearbeitet. Putin kann nur militärisch in die Verhandlungsrolle zurückgedrängt werden. Nur militärisch kann das Leid der Menschen in der Ukraine beendet werden. Und damit bekräftige ich auch noch einmal meine Aussage, dass Appeasement Despoten nicht besänftigt. Auch die aktuellen Friedensdemos disqualifizieren sich gleichermaßen. Frieden kann nicht Unterwerfung bedeuten.

Für uns in der Kommune und für uns als Bürger zeigen sich verschiedene Erkenntnisse: Wir haben uns abhängig gemacht. Wir importieren Rohstoffe, Energie, Nahrungsmittel und auch Vorprodukte. Unsere Wirtschaft brach zweistellig ein. Preise explodierten. Abhängigkeit macht unfrei in Entscheidungen. Sanktionen müssen gegen die Interessen der eigenen Bürger abgewogen werden. Plötzlich wird eine warme Wohnung gegen die Freiheit anderer Menschen aufgerechnet. Unsere Politik war und ist leider immer noch führend im Aussteigen, Abschalten, Auslagern und Verbieten. Wir steigen aus verlässlichen Energiequellen aus - ohne dass wir Alternativen haben. Und die Alternativen sind angewiesen auf Spitzenlastkraftwerke, die entweder mit russischem Gas oder mit gefracktem LNG betrieben werden. Anstrengungen zur Autarkie sind notwendig. Vor einem Jahr hatte ich an dieser Stelle die taz zitiert, die die Atomenergie als Brückentechnologie bezeichnete. Ein nicht diskutables Thema war dann plötzlich im Bund auf der Tagesordnung. Andere Länder in Europa setzen darauf, sie bauen neue moderne Kraftwerke, die weniger Atommüll produzieren. Wir Deutsche sollten über den Tellerrand schauen – andere Länder verstehen auch was von Klimaschutz. Deutschland hat die teuerste Energie in Europa und nach Polen die dreckigste. Wir stehen zu erneuerbaren Energiequellen – allerdings nicht um jeden Preis und nicht auf jeder Fläche. Die Abhängigkeit von Energie darf nicht gegen die Abhängigkeit bei Nahrungsmitteln eingetauscht werden. Die CDU-Fraktion sieht z.B. bei PV klar den Vorrang für Dach- und Parkplatzflächen. Einen entsprechenden Antrag hatten wir hierzu gestellt. Die Diskussion zur Windenergie wird durch den neuen Windatlas eröffnet. Horb hätte demnach Platz für über 60 Windräder. Ob die herausgedeuteten Flächen aber überall passen, darf bezweifelt werden. Wir werden uns in 2023 intensiv mit dieser Thematik beschäftigen müssen.

Wir sind konfrontiert mit Wanderungsbewegungen. Viele fliehen vor Krieg und Zerstörung. Enorme Anstrengungen sind notwendig, dass wir die zugeteilten Menschen unterbringen können. Privater Wohnraum wird angemietet, Sporthallen werden genutzt. Schul- und Freizeitsport werden dadurch eingeschränkt. Die Verwaltung wurde auf eine gebrauchte Containeranlage aufmerksam, die uns erhebliche Investitionsmittel einspart. Hierfür unser besonderer Dank - und ebenso an die haupt- und ehrenamtlich Tätigen im Bereich der Integration! Enttäuscht sind

wir vom Flüchtlingsgipfel der Kommunen bei der Bundesinnenministerin. Es gab keine klare Aussage zur Kostenträgerschaft. Ohne Transfers werden wir mit Millionen Zusatzausgaben belastet. Genauso prangert unser Landesinnenminister zu Recht die laxen Vorgehensweise gegen illegale Migration an. Wir haben klare Regeln, weshalb und wie man in Deutschland Schutz suchen kann. Und diese klaren Regeln sind auch 1:1 umzusetzen. Zur Gewährung von Asyl gehört auch untrennbar die Abschiebung bei fehlendem Asylgrund. Eines bedingt das andere.

Damit sind wir bei den Auswirkungen des Krieges auf die Ausgabenseite. Hier schlägt v.a. die Inflation zu Buche. Zweistellige Kostensteigerungen bedeuten enorme Mehrausgaben. Und auf der Einnahmeseite sind wir durch eine geschwächte Wirtschaft ebenfalls betroffen. Einzig die Einwohnerzahlen garantieren uns durch die Zuweisungsbeträge sichere Einnahmen. Horb ist in erster Linie finanziert durch die Zahl der Einwohner. Wohnraum in den Dörfern und der Kernstadt macht deshalb mehrfach Sinn. Wir verstehen deshalb auch die unsägliche Diskussion im Gemeinderat der vergangenen Jahre nicht. Man beklagt Wohnungsnot. Dann richtet man einen runden Tisch ein. Der sagt: ja – wir brauchen Wohnraum! Der Gemeinderat will auch neuen Wohnraum schaffen – bevorzugt flächensparend Innen – und Außen in beschleunigten und günstigeren Verfahren. Dennoch finden wir uns ständig in Grundsatzdiskussionen wieder.

Z.B. Die Erschließung in der Kaserne: das ist Innen – dort bitte verdichtet - aber dann doch nicht so hoch.

Oder in Nordstetten Scheibenthalde: ein Privater baut Innen – hat der Private irgendwelche Interessen? Baut er mit der richtigen Dachform? Der Ausgleich wird ja gar nicht direkt nebenan erbracht! Oder: wie sieht denn das vom Rauschbart her aus?

In Bildechingen können wir abrundend erschließen – jetzt macht aber das neue Naturschutzrecht alles teurer – dann doch lieber auf die grüne Wiese nebenan! Und bei den 13b Gebieten verlangt man freiwillige Ausgleichsmaßnahmen – diese würden aber die Bauplätze definitiv verteuern – Verständnis für aufbegehrende Bauherren oder Mieter über hohe Preise wird dann gleichzeitig kommuniziert. Alles Widersprüche, die uns ständig in der Diskussion begegnen.

Zum Haushalt. Durch unsere hervorragende Liquidität von 24 Mio € mit Abschluss des Haushaltes 2020 verschafften wir uns eine krisenfeste Ausgangslage.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage erholte sich nach der Pandemie, der Krieg ist aber nur sehr schwer zu kalkulieren. Wir planen mit einem Minus von 2,3 Mio € im Ergebnishaushalt, dies bei einem auf 73 Mio € deutlich größeren Haushaltsumfang. Im 4-jährigen Planzeitraum haben wir ein Defizit von minus 10,4 Mio €.

Im aktuellen Finanzplan ist die Aufnahme von 4,0 Mio € Krediten vorgesehen. Für investive Ausgaben ist Verschuldung darstellbar und auch durch die Kommunalaufsicht genehmigungsfähig. Dennoch müssen wir sehen, die Schulden nehmen mittelfristig zu. In erster Linie für Investitionen in die Zukunft unserer Stadt - für Verkehrslösungen in Innenstadt und Hohenberg - für Kindergärten und Schulen - für Sporthallen aufgrund der Bosch-Erweiterung und für ein für Sportstättenkonzept. Solche Kredite müssen aber auch in der Zukunft wieder getilgt werden. Die Zins- und Tilgungslasten werden künftigen Spielraum einengen.

Entscheidend für den Landkreis und unsere Stadt wird sein, dass wir den Lückenschluss von der Hochbrücke zur B28 schnell hinbekommen. Hierfür sehen wir ganz klar die Tieflage der Trasse durch den Hohenberg. Nur damit lässt sich optimaler Lärmschutz realisieren.

So ist das KVT oder jetzt das BFT eine herausragende Entwicklung. Der Gemeinderat glaubte immer an die Bahn. Nur deshalb haben wir über 40 Jahre das Gleis und die Weiche erhalten. Zuletzt jährlich für 20 T€ pro Jahr. Das Projekt wird vom Verkehrsministerium sehr positiv betrachtet. Dann muss aber auch die Zufahrt durch den Hohenberg schnell und mit möglichst gutem Lärmschutz kommen.

Zur Horber Ortsdurchfahrt gibt es Ansätze, zu denen sich Fraktionen und auch Horb Activ bereits geäußert haben. Wichtig ist hier, dass wir als Gemeinderat ohne Vorfestlegung ergebnisoffen diskutieren und dass wir in 2023 auch zu Ergebnissen kommen.

Die Erweiterung von Bosch Rexroth zeigt uns das klare Bekenntnis des größten Horber Arbeitgebers zu seinem Standort. Wir begleiten dieses Vorhaben sehr positiv

und sind bereit, unsere Hallen und das Sportgelände zu verlagern. Wir haben für die Hallen 20 Mio € in der Grobplanung einkalkuliert. Mit Sorge sehen wir, dass Fördermittel wohl nicht in beabsichtigter Höhe fließen werden. Unser Eigenanteil erhöht sich so von 9 auf 16 Mio €. Deshalb ist der Standard der Hallen zwangsläufig zu diskutieren. Das Leuco Areal als schnell bebaubare Fläche bietet sich in Nähe der Berufsschule und des MGG als Standort geradezu an.

Die Ortschaftsbudgets liegen seit 2022 wieder auf dem Vor-Corona-Niveau. Ortschaftsmittel werden i.d.R. direkt zum Erhalt unserer Anlagensubstanz eingesetzt. Die Anhebung dieser Mittel werden wir in 2023 zu diskutieren haben.

Leider betragen unsere Unterhaltungsmittel nur noch 2,9 Mio €. Damit decken wir unsere Abschreibungen von 5,1 Mio € nur noch zu 56%. Dies ist definitiv kein Merkmal eines nachhaltigen Haushaltes – dies macht uns nachdenklich.

Die Kreisumlage reduziert sich um 0,5 % auf 32,7 %. Damit reduziert sich unser Beitrag um 500 T€. Entscheidend für die künftige Situation wird v.a. die anstehende Krankenhausreform sein.

Zu den Investitionen: Wir investieren in Kindergärten, in Schulen, jetzt bereits schon 4 Mio € eingeplant für die Sporthallen, in die Mühringer Oberdorfstraße, in den Grunderwerb, in Sanierungs- und Baugebiete, in eine neu gegründete Tiefbau GmbH sowie in Darlehen für die Stadtwerke.

Ein großer Kostenblock im Haushalt sind die Personalkosten. Hier sind aktuell Mehrausgaben von 3 Mio € geplant. Deutliche Tariferhöhungen und bereits beschlossene Personalaufstockungen sind verantwortlich. Mehrpersonal darf aber nicht gleichgesetzt werden nur mit Kosten. So machen Aufstockungen z.B. im Bereich der Planung Entwicklungsprojekte erst möglich. In Mühlen beispielsweise können stadteigene Flächen aufgrund von fehlenden Planungskapazitäten noch nicht erschlossen und damit auch nicht verkauft werden.

Dennoch sehen wir mit dem aktuellen Haushalt auch einen Wendepunkt. Wir müssen

uns schon fragen, was wir als Stadt leisten müssen und was eben nicht zwingend erforderlich ist. So werden wir bei der Einrichtung einer Schulbibliothek differenziert abstimmen. Leisten müssen wir als Stadt die Digitalisierung der Schulen z.B. mit Schülertablets – die Einrichtung von Bibliotheken ist aber nicht zwingend. Sie würde uns dieses Jahr mit 0,5 Personalstellen und bei der Ausdehnung auf andere Schulen mit weiteren 1,0 Personalstellen belasten.

Das Kindergartenwesen ist auf 100 zusätzliche Kinder auszurichten. Mit zusätzlichen Gruppen in Bildechingen und Dettingen können wir dies sehr schnell umsetzen. Die Lösung über Module, bzw. die Nutzung der vorhandenen Dettinger Schule sichert kostengünstige und schnelle Umsetzungen. Ein Riesenproblem ist die Personalsituation. Die Verwaltung ist hier aber sehr beispielhaft unterwegs – wir haben derzeit nahezu alle Stellen besetzt. Genauso sind die neu eingerichteten vier Planbezirke der Schlüssel dazu, das Angebot in möglichst jedem Ort mit den besten Zeitmodellen zu verbinden. Die von uns geforderte Beteiligung der Ortschaften zeigt überwiegende Zustimmung. Dem Kindergartenbedarfsplan stimmen wir folglich zu.

Der Jugendgemeinderat interessiert sich in seiner aktuellen Amtszeit sehr für die Arbeit des Gemeinderats. Wir begrüßen es, allen Mitgliedern die Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse und des Gemeinderats zu ermöglichen. Die notwendige einmalige Beschaffung von Tablets ist hierfür zwingend.

Der Biketrail und der Pumptrack sind tolle Projekte der Jugend. Am Biketrail arbeitet unser Jugendgemeinderat seit langem. Die Unterstützung beider Projekte macht Sinn. Wir stimmen beiden mehrheitlich zu.

Dem Probejahr zur Veranstaltungsreihe im Marmorwerk stimmen wir ebenfalls mehrheitlich zu. Hier kann sich ein Format für Jugendliche entwickeln. Dessen Einbindung in die künftige Kulturkonzeption wäre zu prüfen.

Über 300 Vereine sorgen mit ihren Ehrenamtlichen für eine lebendige Gemeinde. Den vorgeschlagenen Vereinsförderfällen stimmt die CDU Fraktion zu. Die Unterstützung der Vereine erfolgt über nachvollziehbare Grundsätze.

Eine beantragte Zuschusserhöhung für das Projekt Zukunft lehnen wir ab. Das Projekt Zukunft hat über Jahrzehnte beispielhafte Kulturarbeit geleistet. Wir danken allen Beteiligten hierfür ausdrücklich. Wir haben zwar unterstützt, aber nicht in dem Maße wie dies andere Städte tun. Künftige Kulturarbeit wird mehr Aufwand erfordern. Die Vorgespräche einer Arbeitsgruppe und der Blick in andere Städte macht dies deutlich. Dennoch sehen wir keinen Grund, Geld für ein letztmaliges „Krachenlassen“ zu investieren. Lasst uns diese Mittel lieber in Anschlusslösungen einbringen.

Der Wald wurde im vergangenen Jahr intensiv diskutiert. Die Forsteinrichtung wurde von Forst BW durchgeführt. Sehr detailliert und nachvollziehbar wurde dem Gremium dargelegt, wie es um unseren Wald steht und dass wir in unseren sehr alten Beständen den Hiebsatz erhöhen müssen, um Klimaresilienz zu erreichen. Alte Bäume sind anfällig und sie stehen neuen robusteren Baumarten im Weg. Damit schaffen Hiebe den notwendigen Platz und außerdem den finanziellen Spielraum für Waldumbau. Die beiden beteiligten Professoren der FH Rottenburg unterstützten das Forsteinrichtungswerk ausdrücklich. Der Gemeinderat fand´s toll, stimmte dann aber in Teilen dagegen – nicht nachvollziehbar! Wir sehen weiterhin die Notwendigkeit, den Splitterbesitz im Wald durch Flächenkäufe zu entzerren, wenn aber Private angrenzende Waldflächen kaufen wollen, ist zu prüfen, ob wir auf unser Vorkaufsrecht verzichten sollten.

Die Biotopverbundplanung sehen wir kritisch. Ein Landesgesetz verlangt diese Planung bis 2030. Und für laufende Raumordnungsverfahren sei dies ebenfalls bereits jetzt notwendig. Sie kostet 560 T€. Wenn wir jetzt planen, zahlt das Land 90%. Dennoch, den Steuerzahler kostet´s viel Geld. Maßnahmen kommen dann extra on top. Und dann haben wir wieder ein Werk, das uns in allem was wir tun einschränken wird: beim Wohnen, bei Straßen, bei Gewerbe, bei erneuerbarer Energie, bei der Nahrungsmittelproduktion. Erneut ein Baustein, der unseren Standort teurer und unattraktiver macht. Wir stimmen deshalb differenziert ab.

Die Weiterentwicklung des GI Heiligenfeld unterstützen wir grundsätzlich. Der FD/FW Antrag zielt auf eine parallele Entwicklung zum bisherigen Umlegungsverfahren. Beide Verfahren gleichzeitig zu entwickeln gestaltet sich aber gemäß der Drucksache schwierig. Das beschriebene absetzige Verfahren und die Einstellung von Planungsmitteln macht Sinn. Wir sehen in der Fraktion jedoch das Verfahren einer gesetzlichen Umlegung differenziert. Zunächst sollte ein klassisches Verfahren geprüft werden. Evtl. sind hierzu auch Anpassungen der Ankaufspreise erforderlich.

Die Erweiterungsabsicht im GE Hohenberg kann dort zur Attraktivierung des Standorts hin zu mehr Aufenthaltsqualität beitragen. Den Aufstellungsbeschluss begrüßen wir.

Angedachte Bauprojekte veranlassten den Gestaltungsbeirat, eine Überplanung des Stadteingangs vorzuschlagen. Eine Arbeitsgruppe des Gemeinderats favorisiert hier Wohnbebauung. Eine Mehrfachbeauftragung soll Varianten für die Entwicklung der topographisch benachteiligten Kernstadt aufzeigen. Die Veränderungssperre macht zwar Sinn, um dem Gebiet die Entwicklungsoptionen nicht zu nehmen. In Einzelfällen sind bei Zeitdruck jedoch auch Ausnahmen von der zweijährigen Sperre zu beschließen.

Und zur Baupreisfestlegung: Die Stadt hat sich in der Vergangenheit immer wieder um die Entwicklung von Bauland Gedanken gemacht. Vergabemodalitäten oder die Entwicklungsgeschwindigkeit wurden festgelegt. Der Gemeinderat konnte sich mit großen Mehrheiten versammeln hinter: wir wollen einheimischen Bauwillige, wir wollen möglichst alle Ortschaften entwickeln, wir wollen am Bauland nichts verdienen, wir wollen aber auch nichts drauflegen - und wir wollen einen gewissen Ausgleich zwischen rentablen Baugebieten und schwieriger zu realisierenden Flächen. Vor diesem Hintergrund ist die Preisgestaltung in Talheim nachvollziehbar. Ein Risikozuschlag von 13 % ist vor der augenblicklichen Kostenentwicklung – wir reden alleine von 10 %igen Lohnsteigerungen – mehr als plausibel. Am grundsätzlichen Modell wollen wir nichts ändern. Durch die Orientierung an erzielbaren Marktpreisen würden sich unsere Ortschaften nachhaltig verändern.



Die Feuerwehr zeichnet sich insbesondere durch ihre Verlässlichkeit in Horb aus. Die Jugendarbeit ist herausragend, das sahen wir erst vergangenen Samstag am Ehrungsabend für sage und schreibe 70 Jugendbetreuer. Die Anhebung des Fahrzeugbudgets ist inflationsbedingt zwingend. Die Ausschreibung einer Drehleiter ebenfalls. Allerdings zeigt sich hier wieder einmal, wie uns unsere Vorschriften belasten. Die europaweite Ausschreibung bedarf eines Fachbüros – Kosten bis zu 20 T€ - was kann das Auto dann mehr?

Und der Antrag der ULH. Er macht Sinn, zeigt aber eindrücklich wieder einen Zielkonflikt. Das geforderte warme Licht ist nachweislich angenehmer und dazu noch insektenfreundlich. Es verbraucht aber 30% mehr an Energie. Was ist nun wichtiger? Entscheidend für die CDU-Fraktion ist, dass wir die vorhandenen Leuchtmittel aufbrauchen und dann nach und nach zur wärmeren Lichtfarbe umstellen.

Bei unseren Eigenbetrieben sieht man, dass dort in der Vergangenheit viel investiert wurde und auch aktuell viele Projekte anstehen. Die Realisierung dieser Vorhaben erfordert Geld, das im Wesentlichen am Kapitalmarkt beschafft werden muss. Im Bereich der Stadtwerke müssen wir v.a. die Investitionen in erneuerbare Energien genau betrachten. Die Rendite darf hier nicht ausschließlich von klimarelevanten Indikatoren abgeleitet werden sondern in erster Linie an betriebswirtschaftlichen Maßstäben. Nahwärmenetze sind anhand von gestiegenen Kosten neu zu kalkulieren. Und der Einstieg in Großprojekte ist deutlich zu hinterfragen.

Unsere Kosten für Wasser und Abwasser liegen im Vergleich der Kreisgemeinden im günstigsten Drittel – obwohl wir mit 17 Stadtteilen und der Kernstadt über ungleich schwierigere Leitungsbedingungen verfügen.

Wir halten die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe für aufgabenorientiert und stimmen diesen deshalb zu.

Der Haushaltsplan ist sachgerecht und sauber finanziert. Wir werden demzufolge dem vorliegenden Haushaltsplan einschließlich der meisten Einzeldrucksachen zustimmen.

Wir bedanken uns besonders bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Horb. Ohne deren engagierter Arbeit und ohne deren Motivation wäre solch ein Haushaltsentwurf undenkbar.

Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für den politischen Wettstreit.

Natürlich bedanken wir uns auch bei Herrn Oberbürgermeister Rosenberger und Herrn Bürgermeister Zimmermann. Wir arbeiten sehr vertrauensvoll und konstruktiv zusammen. Ihnen gelingt es, unterschiedliche Ansichten des Gemeinderates immer wieder zu konsensfähigen Beschlüssen mit großen Mehrheiten zusammenzuführen.

Liebe Zuhörer – herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

gez. Michael Keßler